Bundesministerium
Innovation, Mobilität
und Infrastruktur

bmimi.gv.at

BMIMI - IV/ST3 (Beförderung gefährlicher Güter mit allen Verkehrsträgern und Containersicherheit)

Mag. Othmar Krammer
Sachbearbeiter:in

st3@bmimi.gv.at
+43 1 71162 655723
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-Adresse zu richten.

An
lt. Verteiler

Geschäftszahl: 2026-0.820.727

Wien, 23. Oktober 2026

GGBG-Novelle 2026; Begutachtungsverfahren

Das Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur erlaubt sich beiliegend den Entwurf eines

Bundesgesetzes des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, mit dem das Gefahrgutbeförderungsgesetz geändert wird (GGBG-Novelle 2026)

mit dem Ersuchen um Stellungnahme per E-Mail an st3@bmimi.gv.at bis längstens

6. November 2026 einlangend

zu übermitteln.

Der Entwurf steht auch auf der Webseite des Bundesministeriums für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (http://www.bmimi.gv.at/recht/begutachtungsverfahren.html) als Download zur Verfügung.

Es wird ersucht, eine allfällige Stellungnahme auch dem Präsidium des Nationalrates über die Internetseite https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme zur Verfügung zu stellen.

Sollte bis zu dem oben genannten Zeitpunkt keine Stellungnahme eingelangt sein, so wird angenommen, dass gegen den Entwurf kein Einwand besteht.

Für die Ämter der Landesregierungen, die Verbindungsstelle der Bundesländer, den österreichischen Gemeindebund und den österreichischen Städtebund ergeht der Hinweis, dass die gegenständliche Übermittlung gleichzeitig als Versendung aufgrund des Art. 1 Abs. 1 und 4

der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, anzusehen ist. Innerhalb der darin vorgesehenen Frist kann gemäß Art. 2 dieser Vereinbarung beim Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur das Verlangen gestellt werden, dass im Konsultationsgremium Verhandlungen über die durch dieses Vorhaben im Fall seiner Verwirklichung dem Antragsteller zusätzlich verursachten finanziellen Ausgaben, einschließlich zusätzlicher Personalkosten, aufgenommen werden.

Für den Bundesminister:

i.V. Mag. Michael Luczensky

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNOVATION, MOBILITÄT UND INFRASTRUKTUR
@ AMTSSIGNATUR

Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
Datum	2026-10-23T18:11:35+02:00
Seriennummer	2069212815
Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-07,OU=a-sign-corporate-07,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at/